

Parlament fordert europäisches EEG

Das Europäische Parlament hat am 30. März mit deutlicher Mehrheit faire Chancen für erneuerbare Energien im Elektrizitätsbinnenmarkt gefordert. Dies beinhaltet nach Auffassung der Parlamentarier kostendeckende Mindesteinspeisevergütungen.

Schwerpunkte

Förderstopp	2
Richtlinien zum 100000-Dächer- Programm zeitweise außer Kraft	
Lohnende Kollekte	4
Neue Finanzierungsmodelle für PV-Anlagen auf Kirchendächern	
Ökostrom europäisch	6
Umweltverbände planen internationales Label	

Die nächste Ausgabe der
Solarthemen erscheint am
21. April 2000.

Impressum

Herausgeber u. Redaktion:
Guido Bröer, Andreas Witt
Redaktionsanschrift:
Bültestr. 85
32545 Bad Oeynhausen
Tel. (05731) 83460
Fax (05731) 83469
Erscheinungsweise:
Zweimal pro Monat
Abopreise:
204 DM pro Jahr, inkl.
Versand (Inland) und MwSt.,
Studierende 132 DM,
Auslandsabo 240 DM.
Anzeigen + Beilagen:
Arndt Klöckner, Berlin
Tel. (0171) 6938405
ISSN: 1434-1530
www.solarthemen.de

Nach Meinung des Europäischen Parlaments soll der für Strom aus erneuerbaren Energien gezahlte Preis sicherstellen, „dass bei einwandfreiem Betrieb die gewerbliche Nutzung der verschiedenen Arten von Stromerzeugern aus diesen Quellen grundsätzlich wirtschaftlich lebensfähig ist“. Für die Parlamentarier haben sich die Einspeisemodelle als die effektivsten Mittel zur Förderung erneuerbarer Energien erwiesen. Daher wollen sie eine Vielzahl von Zielen über attraktive Preise für Strom aus erneuerbaren Energiequellen erreichen. Ausdrücklich bezieht sich das Europäische Parlament in seinem Beschluss dabei auf das neue deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Parlament drängt Kommission

Politisch brisant ist der Beschluss, der sich wie ein Wunschzettel der Förderer von erneuerbaren Energien liest, vor allem mit Blick auf die Europäische Kommission, die noch immer an ihrem Entwurf für eine Richtlinie über Elektrizität aus erneuerbaren Energien im Elektrizitätsbinnenmarkt arbeitet. Vorentwürfe der Generaldirektion Energie hatten sich zunächst gegen Modelle mit Mindesteinspeisevergütungen gerichtet und stattdessen Ausschreibungssysteme gefordert. Erst nachdem der Ministerrat vor allem eine stärkere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips gefordert hatte, das den Ländern eigene Spielregeln erlaubt, enthielt sich die Kommission in einem weiteren Entwurf einer klaren Forderung.

Die Veröffentlichung eines neuen Richtlinienentwurfs wurde inzwischen mehrfach verschoben. Möglicherweise, so ist von Mitarbeitern der Kommission zu erfahren, soll er noch im April vorgelegt werden. Die Energiekommissarin Loyola de Palacio hatte erklärt, der Beschluss des Parlaments solle noch abgewartet werden. Offen ist

noch, inwieweit der Kommissionsentwurf nach den deutlichen Worten des Parlaments umgeschrieben werden muss. Es zeichnet sich ab, dass der Aspekt der Förderung erneuerbarer Energien im Gegensatz zum Wettbewerbsaspekt im neuen Entwurf stärker zur Geltung kommen wird und auch die Freiräume für die einzelnen Mitgliedsländer deutlicher betont werden. Doch noch diskutieren zwei Direktionen innerhalb der Generaldirektion Energie, Wettbewerb und erneuerbare Energien, über die konkrete Gestalt der Richtlinie.

Der Europaabgeordnete Hans Kronberger, der den Beschluss des Parlaments wesentlich mitgeprägt hat, äußerte sich gegenüber den *Solarthemen* allerdings optimistisch, mit dem Parlamentsbeschluss „einen ganz wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ gegangen zu sein: „Das wird auf die Richtlinie massiven Druck ausüben.“ Kronberger verweist darauf, dass die Kommission zwar vorschlagsberechtigt sei, das Parlament bei dieser Richtlinie aber mitentscheiden könne.

Entscheidende Phase

Aus der Kommission war inoffiziell zu hören, wesentliche Inhalte des Parlamentsbeschlusses sollten sich in der Richtlinie widerspiegeln. Noch lässt sich aber nur spekulieren, wie klar oder verzerrend dieser Spiegel sein wird. Die Wettbewerbs-hüter haben in der Kommission eine starke Position. So hat die Generaldirektion Wettbewerb ein vertrauliches Papier zu Umweltsubventionen erarbeitet, nach dem Betriebszuschüsse für regenerative Stromerzeugungsanlagen nur über einen Zeitraum von fünf Jahren gezahlt werden sollen – dies könnte dann auch das deutsche EEG betreffen. Eine engagierte Richtlinie zu erneuerbaren Energien würde für Klarheit sorgen. *A. Witt*

*Der Parlamentsbeschluss ist nachzulesen unter
www.kronberger.net und www.solarthemen.de.*

Stichtag

EEG ist in Kraft getreten

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist am 1. April in Kraft getreten.

Bundespräsident Johannes Rau hat das Gesetz am 30. März unterschrieben. Damit machte er den Weg frei für das Gesetz, dem Bundestag und Bundesrat mehrheitlich zugestimmt hatten. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten den betreffenden Gesetzentwurf vor Weihnachten in den Bundestag eingebracht. (gb)

→ www.solarthemen.de

100000-Dächer-Programm

Richtlinien überfällig

Die Bundesregierung hat die Richtlinien zum 100000-Dächer-Solarstrom-Programm am Montag nach Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hatte vom Bundeswirtschaftsministerium die Weisung erhalten, alle nach dem 1. April eingegangenen Anträge zurückzustellen, bis die neuen Richtlinien vorliegen. Jeweils über tausend Anträge sollen an einzelnen Tagen Ende März und Anfang April bei der KfW eingegangen sein. Hintergrund des überraschenden Förderstopps waren offenbar Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium über den Fortgang des 100000-Dächer-Programms, die bis zum Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes am 1. April nicht ausgeräumt werden konnten.

Die Änderung von Modalitäten des 100000-Dächer-Programms war durch die Anhebung der gesetzlichen Vergütung für Photovoltaikstrom auf 99 Pfennig pro Kilowattstunde fällig geworden. Ohne eine Änderung wären die Solarstromdarlehen aufgrund der bisher geltenden Tabelle zu Einspeisetarifen automatisch auf 55 Prozent der Investitionssumme begrenzt worden – was jedoch dem erklärten Willen der Regierungsfractionen und der Verhandlungslinie des Wirtschaftsministeriums widersprochen hätte (vgl. *Solarthemen* 84). Ihnen geht es vor allem darum, die 100-prozentige Finanzierbarkeit durch das 100000-Dächer-Programm und den Zinssatz von Null Prozent zu erhalten.

Das Finanzministerium will die Änderung im Erneuerbare-Energien-Gesetz nun aber offenbar zum Anlass nehmen, um beim 100000-Dächer-Programm Geld zu sparen. Noch in der letzten Märzwoche waren die zuständigen Stellen im Wirtschaftsministerium und bei der KfW offenbar selbst davon ausgegangen, dass Kreditanträge für den Fall, dass eine Einigung nicht rechtzeitig zu erzielen sein würde, übergangsweise

nach den alten Regeln, aber ohne die automatische Reduktion des Finanzierungsanteils bewilligt werden könnten.

Stattdessen ist für Investoren und für die Photovoltaik-Branche abermals eine unklare Situation entstanden, die bei Redaktionsschluss dieser *Solarthemen*-Ausgabe fortbestand. Auf unserer Internetseite unter www.solarthemen.de werden wir sofort berichten, falls zwischenzeitlich über das weitere Verfahren entschieden wird. (gb) ←

Österreich

Fällt die Einspeisepflicht?

Das österreichische Regierungskabinett hat am 28. März Eckpunkte zur Novellierung des Stromgesetzes EIWOG vorgelegt.

Für erneuerbare Energien sieht der Ministerrat der Koalitionsregierung aus FPÖ und ÖVP eine Quotenregelung mit Zertifikatehandel vor. Bis zum Jahr 2005 soll jeder Stromhändler eine Quote von sechs Prozent erfüllen müssen (einschließlich kleiner Wasserkraftwerke bis 5 MW). Erst Anfang vergangenen Jahres war das EIWOG in Kraft getreten. Für erneuerbare Energien sieht es in der bisherigen Fassung österreichweit eine Abnahmeverpflichtung der Netzbetreiber vor. Allerdings waren die Mindesteinspeisetarife von den zuständigen Bundesländern in sehr unterschiedlicher Höhe festgelegt worden.

Scharfe Kritik erntete die Regierung für ihr Eckpunktepapier beim Bundesverband Erneuerbare Energie in Wien. Feste Einspeisetarife nach deutschem Muster seien einem Quotenmodell vorzuziehen. (gb) ← ←

Baden-Württemberg

Initiative für Großanlagen

Eine Landesinitiative zur Förderung größerer Solarthermie- und Wärmepumpenanlagen hat das Landesgewerbeamt Baden-Württemberg zusammen mit dem Industrieverband Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik gestartet.

Mit Aktionstagen und neuen Informationsmaterialien sollen potenzielle Investoren auf die Möglichkeiten der beiden Technologien hingewiesen werden. Eine Investorenmappe enthält neben Informationen zu Wärmepumpen und solarthermischen Anlagen auch eine Zusammenstellung von Fördermöglichkeiten sowie eine Liste von Fachunternehmen.

Mit Fördermitteln kann die Landesinitiative bisher nicht locken, vielmehr versteht sie sich als Informationsoffensive. Ein erster Aktionstag der neuen Landesinitiative findet am 25. und 26. Mai in Ulm statt; weitere sind in Freiburg, Heidelberg und Sulzberg geplant (gb) ← ← ←

→ → Bundesverband
Erneuerbare Energien (bvee)
Ulfert Höhne
Laimgrubengasse 25/11
A-1060 Wien
Tel. (0043-1)5811293
e-mail: bvee@bvee.at

→ → → Landesgewerbeamt
Baden-Württemberg
Informationszentrum Energie
Postfach 102963
70025 Stuttgart
Tel. (0711)123-2526
Fax (0711)123-2649

Industrieverband Heizungs-,
Klima- und Sanitärtechnik
Baden-Württemberg
Burgenlandstr. 44D
70469 Stuttgart
Fax (0711)13531599

Verfassungsbeschwerde

KWR jetzt klaglos zufrieden

Die Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG (KWR) zieht ihre im Januar 1997 angestregte Verfassungsbeschwerde gegen das Stromerzeugungsgesetz zurück.

„Wir haben diese Altlast jetzt endlich vom Buckel“, seufzt Pressesprecher Thomas Zwigart erleichtert. Er hatte sich ebenso wie der Chef der KWR-Ökostrom-Tochter NaturEnergie, Kai-Hendrik Schlusche, seit langem im Unternehmen für eine Rücknahme der Beschwerde stark gemacht. Das Argument: die Glaubwürdigkeit der in den letzten Jahren forcierten eigenen Vermarktung als Regenerativstromfirma leide unter der in Karlsruhe anhängigen Beschwerde.

Zum Anlass für die Rücknahme der Beschwerde nimmt die KWR AG jetzt den Ersatz des Stromerzeugungsgesetzes durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch die neue Möglichkeit zur bundesweiten Umlage der Erzeugungskosten sei die regionale Ungleichbehandlung der Netzbetreiber nicht mehr gegeben, heißt es in der offiziellen Begründung. Außerdem seien EVU nun nicht mehr gegenüber anderen Erzeugern von Regenerativstrom benachteiligt, da ihnen die gleichen Erzeugungstarife zustehen.

Dies will die KWR AG nun zum Anlass nehmen, verschiedene kleinere Wasserkraftprojekte im Südschwarzwald neu zu bewerten. Noch in diesem Jahr will das Unternehmen ein Kleinwasserkraftwerk am Fluss Wiese in Fahrnau errichten. Konkrete Planungen gibt es auch für den Standort Hausen. (gb) → →

CDU Niedersachsen

Vom Land- zum Energiewirt

Die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag fordert ein Programm zur Förderung der Biomassenutzung und macht der Landesregierung dafür umfangreiche Vorschläge.

In einem Entschließungsantrag der CDU, den der Landtag am 30. März in seine Ausschüsse verwiesen hat, schlägt die CDU ein Programm unter dem Titel „Vom Landwirt zum Energiewirt“ vor. 14 Punkte umfasst der Vorschlagskatalog. Unter anderem sollen Kommunen künftig bei der Bauleitplanung und bei der Planung von Objekten mit großem Wärmebedarf routinemäßig mit dem Ziel beraten und unterstützt werden, biogen betriebene Wärmeversorgungsnetze zu errichten.

Ferner möchte die CDU die Genehmigungsverfahren für die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen zu Kurzumtriebsplantagen vereinfachen. Landwirte sollten dazu Erstaufforstungsprämien erhalten können, meint die CDU.

Bauern, die Energie und Treibstoffe für den Eigenbedarf auf eigenen Anbauflächen produzieren, solle ferner eine „CO₂-Kreislaufprämie“ gewährt werden. Wer seine Produktion um den Bereich der erneuerbaren Energien in Verbindung mit dezentraler Energienutzung erweitern möchte, der solle außer von Qualifizierungsmaßnahmen auch von finanzieller Unterstützung profitieren können, meint die CDU.

Bei der Vergabe von Nahverkehrskonzessionen möchte die von Christian Wulff geführte CDU-Fraktion einen „CO₂-Entlastungsfaktor“ berücksichtigt sehen, um solche Anbieter zu bevorzugen, die auf klimaschonende Antriebsstoffe setzen.

Die Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll nach Vorstellungen der Unionsfraktion zum Teil im Rahmen des „Pro-Land-Programms“ geschehen, das in diesem Jahr anläuft und auf sechs Jahre befristet ist. Im Rahmen dieses Strukturförderprogramms werden Maßnahmen – unter anderem im Energiebereich – zu je einem Drittel von ihren Trägern, vom Land Niedersachsen und von der Europäischen Union finanziert. (gb) →

Bundestag

„Energie“-Enquete

Die neue Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ des Bundestages hat sich konstituiert.

Nach der konstituierenden Sitzung am 13. März folgte eine Woche später gleich das erste Arbeitstreffen der 13 Parlamentarier und von ebensovielen von den Parteien benannten Sachverständigen.

Das Gremium verfolgt ein ähnliches Arbeitsgebiet, wie der vom Wirtschaftsminister Werner Müller ins Leben gerufene Expertenkreis „Energiedialog 2000“ – allerdings mit parlamentarischem Auftrag und, anders als dieser, nicht in geheimer Besetzung (vgl. Kasten). (gb) → → →

→ CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag
Wissenschaftlicher Dienst
Karl-Heinrich Langspecht
Tel. (0511)3030-4124
Fax (0511)3030-4848

→ → EnergieDienst GmbH
Thomas Zwigart
Rheinbrückstr. 5-7
79618 Rheinfelden
Tel. (07763)81-2660
www.energiesdienst.de

→ → → Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission
„Nachhaltige Energieversorgung
unter den Bedingungen der
Globalisierung und der
Liberalisierung“
Sekretariat
11011 Berlin
Tel. (030)227-32917
Fax (030)227-36359
Bundestagsdrucksache 14/2687

Mitglieder der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung ...“**Parlamentarier:**

SPD: Dr Axel Berg, Rainer Brinkmann, Prof. Monika Ganseforth, Rolf Hempelmann (stellv. Vorsitz), Ulrich Kasparick, Werner Labsch. **CDU/CSU:** Dr. Ralf Brauksiepe, Kurt-Dieter Grill (Vorsitz), Ulrich Klinkert, Franz Obermeier. **Bündnis 90 /Die**

Grünen: Michael Hustedt. **FDP:** Walter Hirche. **PDS:** Eva Bulling-Schröter

Sachverständige:

Benannt von der SPD: Prof. Dr. Peter Hennicke, Prof. Dr. Eberhard Jochem, Dr. Harry Lehmann, Dr. Wolfgang Palz, Dr. Hans-Joachim Ziesing, Dr. Franz-Josef Wodopia. **Benannt von der CDU/CSU:** Detlef Frank, Prof. Dr. Dieter Schmitt, Prof. Dr.-Ing. Rolf Theenhaus, Prof. Dr. Alfred Voß. **Benannt von Bündnis 90/Die Grünen:** Dr. Felix-Christian Matthes. **Benannt von der PDS:** Dr. Jürgen Rochlitz. Keinen Sachverständigen hat bisher die FDP benannt.

Kirchen

Revolvierende Kollekte

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird das Solarprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) für Kirchengemeinden noch interessanter.

Die Stiftung sehe in der ab dem 1. April geltenden Vergütung von 99 Pfennig pro Kilowattstunde Solarstrom keinen Anlass, die Konditionen des Förderprogramms zu ändern, stellt deren Pressesprecher Franz-Georg Elpers klar. Weiterhin können sich also Kirchengemeinden, die Solaranlagen auf ihren Liegenschaften errichten wollen, von der Stiftung 50 Prozent einer Photovoltaikanlage, 30 Prozent einer thermischen Solaranlage und 70 Prozent der begleitenden Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit fördern lassen.

Zusammen mit der gesetzlichen Vergütung reicht diese Förderung aus, um Photovoltaikanlagen auch finanziell langfristig mit Gewinn zu betreiben. Dadurch werden neue Finanzierungsmodelle denkbar. Gemeinden, denen das Geld in den vergangenen Jahren durchweg knapper geworden ist, könnten die Anlagen beispielsweise durchaus über Kredite finanzieren, die aus der

→ Deutsche Bundesstiftung
Umwelt
Martin Heins
Postfach 1705
49007 Osnabrück
Tel. (0541)9633-920
Fax (0541)9633-990

→ → NaWaRo Engineering
GmbH
Dr. Bernhard Hierholzer
Rheingastr. 184
65203 Wiesbaden
Tel. (0611)6098-281
Fax (0611)6098-111

Wärmepumpen kein solares Thema

Selten hat es auf einen Artikel in den *Solarthemen* so viele Reaktionen gegeben, wie auf den Beitrag von Detlef Stoller mit dem Titel „Halbwahrheiten über Wärmepumpen“ in Ausgabe 81 – und dies nicht nur weil die Redaktion im vorletzten Absatz einen Schreibfehler übersehen hat. Sehr detailliert setzen sich nicht nur der Initiativkreis Wärmepumpe, sondern auch die Firma Bartl Wärmepumpen und das Institut für Energietechnik an der Technischen Universität Dresden mit dem Artikel auseinander. Aus Platzgründen können wir die Leserbriefe hier nicht wiedergeben.

Die Wärmepumpen-Befürworter heben hervor, dass mit dieser Technologie Energie eingespart werden könne. Sie wollen den Eindruck vermitteln, die Wärmepumpe sei Teil der Energiewende, bzw. ohne sie sei die Energiewende nicht zu erreichen. Wie so häufig sind allerdings auch diese Aussagen eine Frage des Vergleichsmaßstabs. Unbestritten kann ein Teil der am Markt verfügbaren Wärmepumpen im Vergleich zu Nachtstromspeicherheizungen und auch zu Gas-Brennwertkesseln CO₂ einsparen (aber zum Beispiel nicht im Vergleich mit Holzheizungen). Unbestritten gibt es sinnvolle Anwendungsbereiche für die Wärmepumpe. Aber kann allein deswegen die Wärmepumpe schon als Sonnenheizung bezeichnet werden?

Der Artikel von Detlef Stoller zeigt auf, dass die Behauptung der Wärmepumpen-Lobby, 75 Prozent der Heizenergie kämen von der Sonne, irreführend ist, weil dabei die Verluste bei der Umwandlung der Primärenergieträger in Strom nicht berücksichtigt werden. Stoller weist weiter darauf hin, dass ein vermehrter Einsatz von Wärmepumpen zu einem deutlichen Anstieg des Stromkonsums führen würde.

Dieser Strom würde jedoch weniger in modernen, effizienten Kraftwerken oder gar Wind- oder Solarkraftwerken erzeugt, sondern vor allem in Kraftwerken, die Billigstrom produzieren. Davon geht auch der Initiativkreis Wärmepumpe aus, der in seinen Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Wärmepumpe mit Strompreisen von 13,5 Pfennigen je Kilowattstunde operiert. Die Folge eines massiven Ausbaus der Wärmepumpentechnik wäre daher nicht vorrangig die Energieeinsparung, sondern der Weiterbetrieb von Billigkraftwerken in Deutschland und (Ost-)Europa. Damit würden aber auch die energiewirtschaftlichen Strukturen zementiert, die den Aufbau einer regenerativen Energiewirtschaft bislang behindert haben. In einem solchen Zusammenhang bei Wärmepumpen von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie zu sprechen ist zwar nicht ganz falsch, aber letztlich doch Augenwischerei.

Andreas Witt

Vergütung zurückgezahlt werden können. Das 100 000-Dächer-Programm steht kirchlichen Institutionen allerdings nicht direkt offen.

Ohne den Kapitalmarkt zu bemühen, ließe sich an kirchliche Tradition mit einer Kollekte anknüpfen: Gemeindemitglieder könnten den Grundstock für einen „Solar-“ oder „Schöpfungsfonds“ legen, der sich durch das EEG erstmals im Laufe der Jahre selbst refinanzieren würde. Der Multiplikatoreffekt, auf den die Stiftung mit ihrem Programm in erster Linie abzielt, ließe sich auf diese Weise im besonderen erreichen.

Seit dem Start des mit 10 Millionen Mark budgetierten Programms im Sommer 1999 hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt 19 thermische und 38 photovoltaische Solaranlagen mit insgesamt 1,8 Millionen Mark bezuschusst. Die Solarwärmeanlagen hatten durchschnittlich eine Größe von 14 Quadratmetern; im PV-Bereich wurden im Rahmen des Programms bisher 170 Kilowatt installiert. (gb) ←

Biodiesel

NaWaRo Marktführer?

Die noch junge NaWaRo Engineering GmbH beansprucht für sich, bald Marktführer bei Planung und Bau von Biodieselfabriken zu sein.

NaWaRo will sich vor allem auf Anlagen zur Produktion von biogenen Treibstoffen und Holz-Heizkraftwerke konzentrieren. Erstes Projekt des erst vor einem halben Jahr gegründeten Tochterunternehmens der NEVAG neue energie verbund AG wird die Anlage der Biodiesel Schwarzheide GmbH mit einem Investitionsvolumen von 43 Millionen Mark sein. Letztlich, so erklärt NaWaRo-Geschäftsführer Bernhard Hierholzer, habe auch dieses Projekt zur Unternehmensgründung geführt. In Schwarzheide sollen auf Basis von Raps- und Altpflanzenöl jährlich 100 000 Tonnen Biodiesel ab dem Jahr 2001 produziert werden. Weitere Projekte, sagt Hierholzer, hätten ein konkretes Stadium erreicht. Damit könnte NaWaRo bald die Marktführerschaft in einem Markt erreicht haben, der offenbar von traditionellen Anlagenbauern vernachlässigt wird. (AWi) ← ←

Ventus contra e.dis

Gericht bringt Windstrom

Das Landgericht Potsdam sorgt für den Netzanschluss des Windparks Jacobsdorf.

Es folgte einem Antrag der Ventus Verwaltungsgesellschaft für Windparks Brandenburg mbH gegen die e.dis Energie Nord AG, die den Anschluss von 19 Windkraftanlagen blockierte. (siehe *Solarthemen* 82 + 83). (AWi)

SOLON kauft ASP

Die Berliner SOLON AG übernimmt 100 Prozent der Anteile des Züricher Elektronik-Herstellers ASP AG und verfolgt neue Pläne zur Solarzellenproduktion.

Kerngeschäft von ASP ist die Produktion und der Vertrieb von Laderegeln und Wechselrichtern für photovoltaische Zwecke. Internationale Verbreitung hat vor allem die Wechselrichter-Produktlinie SINUS. SOLON übernimmt die ASP-Aktien von der Energy Valley AG, Luzern. Den Kaufpreis entrichtet SOLON im Rahmen einer Kapitalerhöhung in Form von 600000 eigenen Aktien. „Dadurch wird die Energy Valley AG zu einem unserer größten Aktionäre“, erläutert SOLON-Vorstandsmitglied Birgit Flore. Dessen Anteil betrage 20 Prozent. Durch die Übernahme von ASP wolle SOLON auf dem Schweizer Markt stärker Fuß fassen und von den Marktaktivitäten der neuen Tochterfirma in Entwicklungs- und Schwellenländern profitieren.

Nachdem sich der PV-Modulhersteller (Jahreskapazität fünf MW) bereits vor längerer Zeit vom Ziel des Aufbaus einer eigenen Solarzellen-Produktionslinie in Berlin verabschiedet hatte, sind die entsprechenden Pläne offenbar doch nicht vollständig ad acta gelegt worden. Flore stellte gegenüber den *Solarthemen* in Aussicht, eine Zellenerzeugung solle zügig in Zusammenarbeit mit einem Industriepartner – also außerhalb des eigenen Unternehmens – realisiert werden. Es gebe dafür bereits konkrete Absprachen. (gb) → →

Neue Solarkollektoren I

Röhren im Westerwald

Ein neugegründeter Unternehmensverbund aus dem Westerwald bietet einen Vakuumröhrenkollektor an, dessen Konstruktionsprinzip die Gefahr langfristiger Leistungsverluste vermindern soll.

Als Reflektorfläche wird bei diesem Kollektortyp – anders als bei CPC-Kollektoren – kein Spiegel, sondern eine weiße Fläche eingesetzt, deren Reflexionsvermögen laut Herstellerangaben weniger empfindlich gegen Verschmutzungen sein soll. Aufgrund des anderen Reflexionsprinzips können die Röhren bei dem Kollektortyp WK 1514 KR besonders eng angeordnet sein, was den geringeren Wirkungsgrad der einzelnen Röhre weitgehend ausgleichen soll. Zudem treten im Kollektor geringere Stillstandstemperaturen von nur 211 Grad auf, was laut Hersteller der Haltbarkeit der Wärmeträgerflüssigkeit zuträglich sein soll.

Produziert wird der Kollektor von der eigens zu diesem Zweck gegründeten GeySol AG in

Moschheim und verkauft wird er von der ebenfalls neugegründeten Solarquelle Vertriebs-GmbH im benachbarten Neustadt. Beide Firmen sind durch Beteiligungen miteinander verbunden.

Mit der Wohnsiedlung Poppenbütteler Berg in Hamburg kann Thomas Reusch, Geschäftsführer der Solarquelle Vertriebs GmbH, bereits auf das erste große Referenzprojekt verweisen. 216 Kollektoren mit einer Fläche von 388 Quadratmetern sollen diese Siedlung mit Wärme versorgen. Die diesjährige Produktionskapazität von 1200 Kollektoren sei bereits vollständig ausgelastet, sagte er gegenüber den *Solarthemen*. (gb) →

Neue Solarkollektoren II

Alligator startet offiziell

Die Berliner Alligator Sunshine Technologies GmbH hat am 20. März offiziell ihre Serienfertigung von solarthermischen Kollektoren in Betrieb genommen.

Produziert werde allerdings bereits seit Herbst vergangenen Jahres, erklärt Frank Warmut, einer von drei Alligator-Geschäftsführern. Automatisiert worden sei die Fertigung im Januar diesen Jahres. Damit erreiche der Betrieb in einer Schicht einen Ausstoß von acht bis zehn Solaranlagen pro Tag. Diese Kapazität könne allerdings bei Bedarf kurzfristig aufgestockt werden, sagt Warmut.

Alligator konzentrierte sich vor allem auf den Verkauf von kompletten Solarsystemen in vier verschiedenen Standardkonfigurationen, erklärt Warmut. Zielgruppe seien in erster Linie Eigentümer von Ein- oder kleineren Mehrfamilienhäusern. Ihnen verspricht das Berliner Unternehmen geringe Installationskosten mit dem dachintegrierten CUADRO-Kollektor. „Der wird verlegt wie ein Betondachstein“, sagt Warmut. Vertrieben würden die Alligator-Produkte über die Eternit AG und über den Fachhandel an den Handwerker. Allerdings sei das Unternehmen daran interessiert, auch mit anderen Vertriebspartnern zusammenzuarbeiten, die alternative Absatzwege eröffnen könnten.

Pünktlich zum Inkrafttreten des EEG hat Alligator auch den Prototypen eines Photovoltaik-Moduls von Shell präsentiert, das in den gleichen CUADRO-Rahmen wie der Solarkollektor eingefasst werde. (AWi) → → →

→ Solarquelle Vertriebs GmbH

Thomas Reusch

Am Berg 1

56479 Neustadt

Tel. (02664)90111

Fax (02664)990224

GeySol AG

56424 Moschheim

Bahnhofstraße 6

Tel. (02602)998088

→ → SOLON AG

Schlesische Straße 27

10997 Berlin

Tel. (030)610709-0

Fax (030)610709-99

e-mail: solonag@solonag.com

www.solonag.com

→ → → Alligator Sunshine

Technologies GmbH

Dr. Frank Warmut

Volmerstr. 9

12489 Berlin

Tel. (030)677984-0

Fax (030)677984-19

www.alligator-sunshine.de

Termine

5. und 6. Juni in Gelsenkirchen: Internationales Symposium „Zukunftsenergien für den Süden – wachsende Märkte für erneuerbare Energietechnologien in Entwicklungsländern“ mit Ausstellung (keine Standmiete!); Organisation: Wissenschaftspark und Technologiezentrum Rheinelbe • Gelsenkirchen Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft GmbH, Dr. H.-P. Schmitz-Borchert, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen, Tel. (0209) 167-1005, Fax (0209) 167-1001, www.wipage.de

Europäisches Stromlabel

Umweltverbände und Vertreter der regenerativen Energiebranche wollen bis Ende 2001 ein Verfahren für eine europäische Ökostrom-Zertifizierung entwickeln.

Was ist Ökostrom? Diese Frage beantworten Umweltorganisationen in europäischen Ländern ganz unterschiedlich. Dies wurde bei einem ersten internationalen Treffen von Umweltverbänden und Vertretern der Regenerativstrom-Industrie in Brüssel deutlich.

Insbesondere bei der Wasserkraft, aber auch in den Bereichen Biomasse und bei der Bewertung fossil befeuerter Blockheizkraftwerke traten dabei deutliche Auffassungsunterschiede zu Tage.

„In Schweden und in der Schweiz gilt zum Beispiel die Wasserkraft als der böse Bube“, sagt Stefan Singer, Energiereferent im Brüsseler European Policy Office des World Wide Fund for Nature (WWF) in Brüssel, der das Treffen mitinitiiert hatte. Daher begnügen sich Umweltverbände in diesen Ländern, die einen Großteil ihres Stroms aus Wasserkraft erzeugen, nicht mit einer großemäßigen Begrenzung bei der Zertifizierung von Wasserkraftwerken, wie sie beispielsweise für zwei deutsche Ökostrom-Labels gilt. Vielmehr werden von dieser Seite weitere strenge Normen, beispielsweise eine Begrenzung der Höhe von Wehren, gefordert.

Ebenso wenig können sich Umweltorganisationen aus Schweden und der Schweiz mit einem Anteil von fossil befeuerten BHKW innerhalb von Ökostrom-Angeboten anfreunden, der von vielen ihrer Kollegen beispielsweise aus Deutschland und den Niederlanden als Übergangslösung propagiert wird. In Ländern, wo der Strom heute aufgrund des hohen Wasserkraft-Anteils nahezu CO₂-frei erzeugt wird, geht es den Ökostrom-Aktivisten politisch um den Ersatz

des Kernenergie-Anteils – aber nicht zum Preis eines höheren CO₂-Ausstoßes.

Dennoch bestand auf dem ersten internationalen Arbeitstreffen der Verbände laut Stefan Singer ein Konsens darüber, dass an einheitlichen europäischen Zertifizierungskriterien für Ökostrom gearbeitet werden müsse. Allerdings solle den einzelnen Ländern dabei der Freiraum bleiben, eigene Schwerpunkte zu setzen. Bis Ende des Jahres 2001 soll eine bei dem Brüsseler Treffen gebildete Arbeitsgruppe der Verbände einen schlüssigen Kriterienkatalog entwickeln, auf dessen Basis – möglicherweise stufenweise – Ökostrom-Labels in Europa vereinheitlicht werden können. (gb) ←

→ WWF

European Policy Office
Stefan Singer
Boîte 12
B-1040 Bruxelles
Tel. (0032-2)743 88-17
Tel. (0032-2)743 88-19

unit[e]

Gute Stimmung in der Krise

Die Aktionäre der unit energy europe AG stimmten auf der Hauptversammlung am 27. März für ein Listing der Gesellschaft im Freiverkehr.

Künftig soll das Unternehmen beim Ökostromhandel kürzer treten und stärker die Kooperation mit anderen Unternehmen suchen. Dies ist Teil des Sanierungskonzeptes, für das der zu Beginn des Jahres anstelle von Martin Jakubowski zum Vorstandsvorsitzenden berufene Bernd Weber auf der Versammlung warb. Die Gesellschaft war über längere Zeit in eine Schiefelage geraten, da sich die Fertigstellung mehrerer Kraftwerksprojekte in Südeuropa verzögerte und Einnahmen aus dem Ökostromhandel ausblieben. Nur 1100 Ökostromkunden konnte das Unternehmen bisher gewinnen.

Künftig werde sich unit energy stärker auf das Kerngeschäft Stromerzeugung konzentrieren, kündigte Bernd Weber an. Noch im Laufe dieses Jahres wolle sein Unternehmen die Stromerzeugungskapazitäten durch die Fertigstellung und den Zukauf von Regenerativ-Kraftwerken von derzeit neun auf 36 Megawatt steigern.

Unit will gleichzeitig drei in Bau befindliche Windparks in Griechenland verkaufen und den Anteil an der geplanten Biogasanlage in Witzendorf auf 15 Prozent verringern. Die 50-prozentige Beteiligung am geplanten Offshore-Windpark in der Lübecker Bucht soll auf 15 Prozent schrumpfen. Und auch im Bereich des Stromvertriebs suche man die Kooperation mit größeren Investoren erläutert Pressesprecherin Martina Scheer. Die eigenen Ausgaben würden in diesem Bereich zunächst zurückgefahren, denn der Markt sei noch nicht so weit, wie erwartet: „Im Moment verpuffen die Werbemaßnahmen.“

Die Aktionäre haben mehrheitlich einer Kapitalerhöhung um 2 Millionen Euro zugestimmt. Die Mittel, so Scheer, sollten ausschließlich für neue Projekte verwendet werden. (gb) ← ←

→ → unit energy europe AG
Martina Scheer
Ober-Eschbacher Str. 109
61348 Bad Homburg
Tel. (06172)9245-18
Fax (06172)9245-99
www.unit-energy.com

Ökostrom – kurz und knapp

Lichtblick beliefert Regenwaldhaus

Die Lichtblick – die Zukunft der Energie GmbH beliefert das EXPO-Projekt „Regenwaldhaus“ mit einem 100-prozentig regenerativ erzeugtem Strommix. Der Vertrag sieht die Lieferung von 800000 Kilowattstunden vor. Lichtblick-Kunden sollen beim Besuch des Multimedia-Projektes Ermäßigungen beim Eintritt und in der Cafeteria erhalten.

Naturstrom kauft bei Schleusenkraftwerk

Bis zum Juni 2000 möchte die Betreibergemeinschaft uww Windstrom Wedel GmbH ein neues Wasserkraftwerk an der historischen Fuhlsbütteler Schleuse in Hamburg fertigstellen. Die 100-Kilowatt-Kaplan-Turbine soll dann jährlich 500000 grüne Kilowattstunden zum Pool der Naturstrom AG beitragen. Zu den Baukosten trägt die Hamburger Umweltbehörde mit einem Zuschuss von 300000 Mark bei.

NaturPur-Strom für Fränkisch-Crumbach

Zehn kommunale Liegenschaften in der Odenwald-Gemeinde Fränkisch-Crumbach werden künftig mit einem 100-prozentig regenerativen Strommix der HEAG NaturPur AG beliefert. Die Zusammenarbeit sieht auch den Bau von mehreren Regenerativstromanlagen in Fränkisch-Crumbach vor.

Gas aus Gras

Der Verein Graskraft e.V. propagiert die Vergärung von Grasschnitt in Biogasanlagen.

Vereinsprecher Roland Schnell sieht darin vor allem „eine Perspektive für Bauern, die gewohnt sind, mit Grasland zu arbeiten, aber ihre Expansionsmöglichkeit nicht im klassischen Bereich der Milchviehhaltung sehen.“ Technisch sei die Vergärung von Gras kein besonderes Problem, sie könne in ganz normalen Biogas-Anlagen erfolgen. Als Beigabe zu Fermentierungen, die im wesentlichen Gülle verarbeiten, verwendeten viele Betreiber einer solchen Anlage Gras ganz selbstverständlich mit. Durch die höheren Vergütungssätze nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sei aber auch der Bau von Biogasanlagen speziell für die energetische Nutzung von Gras sinnvoll, sagt Schnell.

Am 19. Mai veranstaltet der Verein ein Graskraft-Seminar in den landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf. (gb) → →

Clausthal-Zellerfeld

Gebäude solar autark

Der „Energiepark Clausthal“, ein Institutsgebäude, soll autonom nur aus erneuerbaren Quellen mit Energie versorgt werden.

Der Startschuss sei jetzt mit der Bewilligung eines Zuschusses der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Höhe von fast 1,8 Millionen Mark gegeben worden, erklärt Projektleiter Werner Siemers. „Das Vorhaben in dieser Größenordnung und Komplexität scheint bisher einmalig zu sein“, sagt Siemers. So sei ein elektrischer Bedarf von 100 Kilowatt Leistung, in Spitzenzeiten von bis zu 150 Kilowatt abzudecken.

Interessant ist das Projekt, weil eine Vielzahl von Komponenten in das System einbezogen werden soll. Dazu zählt neben einer 80-kW-Wind- und einer 30-kW-Wasserkraftanlage eine maximal 20 kW starke PV-Anlage. Die Biomasse ist mit einer anaeroben Bioabfallvergärung und Biogasnutzung im BHKW, einer Holz hackschnitzelvergasung mit Stirling-Motor und Abhitzekegel und einem Pflanzenöl-BHKW auf Basis von Rapsöl und Biodiesel vertreten. Warmes Wasser soll vor allem die mit einer Wärmepumpe gekoppelte solarthermische Kollektoranlage liefern. Das größte Innovationspotential sehen die Forscher dabei nicht in der Anwendung der einzelnen Technologien, sondern in der Systemtechnik, die auf den fluktuierenden Bedarf des CUTEC-Instituts reagieren muss. „Damit werden in der Argumentation über die zukünftigen Chancen von erneuerbaren Energieträgern belastbare Fakten geschaffen“, sagt Siemers.

Errichtet wird die „Clausthaler Lehr- und Demonstrationsanlage für Dezentrale Regenerative Energieversorgungssysteme“ auf dem Gelände des Clausthaler Umwelttechnik-Instituts gemeinsam von der CUTEC-Institut GmbH, der TU Clausthal und den Stadtwerken Clausthal-Zellerfeld. Beziehen wollen die Wissenschaftler das Gebäude in drei Jahren. (AWi) →

Ausschreibung

100 Millionen für Forscher

Ein Sonderposten von 100 Millionen Euro steht im Rahmen des Programms EESD ENERGIE der Europäischen Union für Forschungs- und Demonstrationsvorhaben im Bereich erneuerbarer Energien zur Verfügung.

Forschungsinstitute, Universitäten und Unternehmen können dem Aufruf zu folgen und förderungswürdige Projekte einreichen. Bei reinen Forschungsprojekten beträgt der mögliche Fördersatz für Universitäten 100 Prozent, für Firmen 50 Prozent. Demonstrationsvorhaben von Unternehmen können mit 35 Prozent bezuschusst werden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien ist die Chance für Antragsteller auf Förderung nach Aussage von Helmut Pfrüner vom deutschen Projektträger BEO im Forschungszentrum Jülich vergleichsweise hoch. Von drei bis vier Anträgen konnte bei früheren Aufrufen einer bewilligt werden. In anderen Programmen sei die Quote wesentlich ungünstiger. Das jetzt zu vergebende Forschungsgeld stammt aus Mitteln, die im Rahmen des letzten Aufrufs für fossile Energieforschung nicht verbraucht wurden.

Einsendeschluss für Förderanträge ist der 31. Mai 2000. Der nächste Aufruf findet voraussichtlich im Herbst dieses Jahres statt. (gb) → → →

→ CUTEC-Institut GmbH
Dipl.-Ing. Werner Siemers
Leibnizstr. 23
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel. (05323)933-119
Fax (05323)933-100
www.cutec.de

→ → Graskraft e.V.
Roland Schnell
Rudolfstraße 13
10245 Berlin
Tel. (030)29449803
e-mail: info@graskraft.de
www.graskraft.de

→ → → Forschungszentrum
Jülich
Projektträger BEO
Postfach 1913
52425 Jülich
Tel. (02461)61-0
Degenhard Peisker Tel. -3266
Helmut Pfrüner -3883
Fax. (02461)61-6999

Medientips

Kontakt zur Campaign for Take-Off

Die offizielle Website für erneuerbare Energien mit der Internetadresse www.agores.org ist am 6. April offiziell gestartet. Sie ist Teil der Campaign for Take-Off und wird von Lior International im Auftrag der Generaldirektion für Energie und Transport erstellt. Die Internetseite soll grundsätzlich über erneuerbare Energien informieren, EU-Politik und nationale Strategien näher bringen, Nachrichten und Adressen liefern und die Akteure vernetzen.

Polit-Broschüre mit Nutzwert

Zum Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Reader mit dem Titel „lang & schlüssig: Durchbruch für Erneuerbare Energien“ erstellt. Er enthält u.a. das EEG, Informationen zu Förderprogrammen, Beiträge von Michael Hustedt sowie Hans-Josef Fell und ein Verzeichnis mit Vereins- und Firmenadressen – schauen Sie nach, ob Sie drin sind! Der Reader kann für drei Mark in Briefmarken bezogen werden bei: Markus Kurdziel, Koordination AK II, Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Luisenstr. 32-34, 10117 Berlin.

Bad Oeynhausen

Hamburg als Modell

Die Stadt Bad Oeynhausen hat die Hamburger Förderpraxis übernommen, nach der die Installateure solarthermischer Anlagen gefördert werden.

Auch in Bad Oeynhausen wird es in Zukunft damit möglich sein, dass ein Kollektor nicht nur aus dem Bundesförderprogramm, sondern auch mit städtischen Mitteln gefördert wird. Die Hamburger Umweltbehörde hatte den Trick ersonnen, weil das Bundesprogramm nicht mit anderen öffentlichen Mitteln kombiniert werden darf. Allerdings zieht das Ausschlusskriterium nicht, sobald es einen anderen Zuschussempfänger gibt. Dies ist nun auch in Bad Oeynhausen der Installateur, der innerhalb der Stadtgrenzen Kollektoren aufs Dach bringt – seinen Sitz muss er allerdings nicht in derselben Stadt haben. Wolfram Schlingmann, Energieberater der Stadt Bad Oeynhausen, rechnet damit, dass die Installateure den Zuschuss als Preisvorteil an ihre Kunden weitergeben. Bei einem Einfamilienhaus gibt es bis zu 1000 Mark, bei einem Zweifamilienhaus bis zu 1500 Mark hinzu. (AWi) ◀ ◀

→ Hotel Victoria
Bertram Späth
Eisenbahnstr. 54
79098 Freiburg
Tel. (0761)20734-0
Fax (0761)20734-444
www.hotel-victoria.de

→ → Stadt Bad Oeynhausen
Wolfram Schlingmann
Rathaus II
Schwarzer Weg 6
32543 Bad Oeynhausen
Tel. (05731)14-2048

→ → → Naturschutzverband
Deutschland
Regionalverband Calau
Winfried Böhmer
Tel. (0355)793340
Fax (0355)793345

→ → → → Solarenergie-Förderverein e. V.
Herzogstr. 6
52070 Aachen
Tel. (0241)511616
Fax (0241)535786
www.sfv.de

→ → → → → AFAG Messen-
und Ausstellungen GmbH
Projektleitung Dach + Wand
Messezentrum
90471 Nürnberg
Tel. (0911)86070
Fax (0911)8607135
www.Dach-Wand.afag.de

Solarenergie-Förderverein Aachen

Beratung für PV-Betreiber

Der Solarenergie-Förderverein (SFV) bietet allen Betreibern von PV-Anlagen an, ihnen bei Problemen mit Energieversorgungsunternehmen zu helfen.

Der Verein weist darauf hin, auch nach Inkrafttreten des EEG könnten die EVU versuchen, ihren Pflichten auszuweichen, unzulässige Hürden aufzubauen oder die Betreiber mit Fehlinformationen abzuspeisen. Diese Strategien will der SFV dokumentieren und Abwehrmaßnahmen entwickeln. Mit einer Aachener Rechtsanwältin hat er inzwischen einen Beratervertrag geschlossen. Sie soll Fälle prüfen, soweit sie für eine Gruppe von Betreibern von Interesse sind. Der SFV will Problem und Lösung dann in anonymisierter Form verbreiten. (AWi) ◀ ◀ ◀ ◀

Freiburg

Solarhotel en vogue

In Freiburg haben Hotels, die Solarenergie nutzen, Konjunktur.

Nach dem Best Western outete sich am 29. März auch das traditionsreiche 4-Sterne-Hotel Victoria als Solarhotel und ging sogar noch einen Schritt weiter. Geschäftsführer Bertram Späth, der den 125 Jahre alten Familienbetrieb vor 15

Jahren vom Vater übernommen hat, will aus dem Victoria ein Nullemissionshotel machen. Seit 1998 liefern zwei BHKW 30 Prozent sowohl des Strom- als auch Wärmebedarfs. Die 7,6-kW-PV-Anlage soll nun sechs Prozent des Strombedarfs beisteuern. Ab Sommer 2000 will Späth den restlichen Strom beim Windpark Ettenheim beziehen. Zukünftig will der Hotelier die Heizung auf Solarenergie und Holz umstellen.

Dies lohne sich nicht nur für die Umwelt, sondern auch für den Betrieb, glaubt Späth. Denn das zuvor schon gut frequentierte Hotel habe sich aufgrund seines Engagements weitere Gäste-kreise erschließen können. (AWi) ◀

Naturschutzbund Deutschland

Solare Exponate gesucht

Der Regionalverband Calau des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) sucht für eine ständige Ausstellung Bildmaterial, Grafiken, Poster und Modelle zu allen erneuerbaren Energien sowie einen Sponsor.

Zu sehen sein soll die Ausstellung im Weißstorch-Informationszentrum der Lausitz in Vetschau/Spreewald. Neben klassischen Naturschutzprojekten will die Umweltorganisation den Besuchern die Energiewende nahe bringen. Den Grundstock bildet bereits eine 3-kW-PV-Anlage, die im April montiert werden soll. Für die Ausstellung wird Material zu Solarthermie, Windkraft, Biomasse und Geothermie gesucht. Dabei sind nach Aussage der Organisatoren auch Firmenprospekte von Interesse. (AWi) ◀ ◀ ◀

Dach + Wand 2000 in Nürnberg

Sonnenweg für Dachdecker

Der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks hat zusammen mit der Messe Nürnberg einen solaren Rundweg konzipiert.

Es sei keine eigene Halle für solare Dach- und Fassadenprodukte auf der zentralen Messe des Dachdeckerhandwerks vorgesehen, erklärt Messe-Pressesprecher Wolfgang Heinrich: „Einige Unternehmen hätten dann in zwei Hallen ausstellen müsse, doch das wäre nicht zumutbar.“ Allerdings gewinne das Solarthema immer mehr an Bedeutung. Daher werde im Rahmen der Messe ein solarer Rundweg mit einem speziellen Logo gekennzeichnet und ein eigener Informationsprospekt erstellt, um den besonders an der Sonnenenergie interessierten Besuchern die Orientierung auf der Messe mit ihren rund 600 Ausstellern zu erleichtern. Standplätze auf der vom 31. Mai bis 3. Juni stattfindenden Messe seien noch zu bekommen. (AWi) ◀ ◀ ◀ ◀ ◀